

# Christlicher Textilarbeiter

## Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: Wilh. Köhling in Düsseldorf, Corneliustr. 66. Telefon-Nr. 4423. Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die Redaktion in Düsseldorf einzuliefern.

Anzeigen kosten die Gespaltene Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt. Beilagen werden mit 5 Pfg. das Exemplar berechnet. Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg. Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Nieu in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65. Telefon-Nr. 1358.

7. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 15. Juli 1905.

Nr. 28.

### Zur gefl. Beachtung!

Es wird dringend gebeten, sofort, spätestens jedoch bis zum 20. Juli cr. die

#### Abrechnung pro II. Quartal 1905

bei den bisherigen Bezirkskassierern abzuliefern. Die Ortsgruppenvorstände sind dringend gebeten, diesmal die Abrechnung prompt zu erledigen.

Der Verband der neuen Beitragsmarken à 30 Pfg. und à 25 Pfg. ist erfolgt. Diejenigen Ortsgruppen, welche am 1. Juli noch Marken à 25, 20 und 5 Pfg. vom II. Quartal erübrigt haben, verwenden dieselben im III. Quartal weiter, allerdings nach den Bestimmungen des neuen Statuts. Sofort muß aber dem Zentralkassierer H. Schaffrath-Düsseldorf, Corneliustr. 66, Mitteilung über diesen Markenbestand (Anzahl und Art) gemacht werden. Diese Angaben müssen natürlich mit denen der Ortsgruppen-Abrechnung pro II. Quartal übereinstimmen.

Die bisher in Gebrauch gewesenen 15- und 10-Pfg.-Marken, sowie sämtliche Krankheits- und Arbeitslosen-Marken sind dem Zentralkassierer umgehend einzuliefern. Von jetzt ab werden bei Krankheiten besondere Marken verwendet, ebenso bei Arbeitslosigkeit. Diese zwei Markensorten müssen also in den einschlägigen Fällen sorgfältig zur richtigen Verwendung kommen.

Es fehlen immer noch die Adressen mehrerer Ortsgruppenkassierer, welche dem Kollegen H. Schaffrath anzugeben sind.

#### Das neue Agitationsmaterial.

(Statuten, Aufnahmescheine, Flugblätter) ist jetzt fertig gestellt. Wir bitten die Mitglieder allerorts dringend, eine eifrige Agitation zu entfalten. Das erforderliche Material sendet auf Bestellung die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Corneliustr. 66.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralkassierer.

J. W. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

### Die Erhöhung der Beiträge.

Hierzu schreibt man uns aus Kollegentreisen: Also die Beitragserhöhung ist jetzt perfekt geworden. Die Kollegen zahlen jetzt 30 und die Kolleginnen 25 Pfg. wöchentlich. Kürzlich sagte mir ein Kollege: „Die Sache ist aber entschieden zu hoch! Wenn ich bedenke, was wir vor 5-6 Jahren zahlten, und ich vergleiche damit den jetzigen Verbandsbeitrag — und damals sind wir doch damit ausgekommen.“ Der betreffende Kollege bedachte eben nicht, daß sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit bedeutend geändert haben. Als wir Textilarbeiter damals unser Verbandschen gründeten, da taten wir es in dem Bewußtsein, daß wir als einzelne nicht in der Lage waren, unser gutes Recht im Arbeitsverhältnis zur Anerkennung zu bringen. Ich entsinne mich noch eines Vorfalles, wo wir in unserer Fabrik, ohne überhaupt organisiert zu sein, einen Streit beschloßen und denselben innerhalb zwei Tagen erfolgreich durchführten. Es handelte sich um die Abwehrung einer spitzigen Lohnreduktion. Zwar fragten wir uns schon gleich: Wann nun der Arbeitgeber innerhalb einiger Tage nicht nachgibt, was dann? Ja, dann hätten wir eben nachgeben müssen, denn länger konnten es die meisten von uns, da wir kein Geld hatten, nicht aushalten. So kamen wir ganz selbstverständlich auf den Plan, uns mit den Kollegen der anderen Fabriken und auch mit denen der Nachbarorte zusammenzuschließen und unsern Bezirksverband zu gründen. Jetzt glaubten wir uns stark genug, unsere berechtigten Interessen im Arbeitsverhältnis wahren zu können. Mit unserm 5-Pfgs.-Wochenbeitrag glaubten wir allen Anforderungen genügen zu können. Warum auch nicht! Früher hatten wir ja sogar mal ohne Verband einen Erfolg gehabt. Bald mußten wir aber bitterböse Erfahrungen machen. Als wir nämlich in einer Fabrik in den Streit traten, für den unsere Mittel eben ausreichten, da ließ der Fabrikant seine Ware in verschiedenen anderen Betrieben fertigstellen. Was nun? Die Ausrüstung der Streikarbeit hätten wir nur dadurch verhindern können, daß wir auch für jene Betriebe den Streit proklamierten, aber dazu hatten wir kein Geld. Es blieb uns daher nichts anderes übrig, als Frieden zu machen. Nun erklärten einige Kollegen: „Der Verband hat keinen Zweck, denn wenn die Fabrikanten es immer so machen, so müssen wir stets unterliegen.“ Die weitaus größte Mehrzahl der Kollegen kam aber auf den vernünftigen Gedanken: Wir erhöhen unsere Verbandsbeiträge, dann sind wir auch derartigen Situationen gewachsen und können im Notfall auch in zwei oder drei Betrieben zu gleicher Zeit einziehen. Wir erhöhten den Verbandsbeitrag auf 10 Pfg. wöchentlich. So, jetzt konnten wir beruhigt in die Zukunft blicken, Verschlechterungen energisch abwehren und auch auf Verbesserungen unserer Lage bedacht sein. Infolge der größeren Leistungsfähigkeit des Verbandes gewannen die fern-

stehenden Arbeiter größeres Vertrauen zu denselben, und unser Mitgliederbestand vergrößerte sich bedeutend.

Jetzt traten uns aber neue Schwierigkeiten entgegen. Durch den neuen starken Mitgliederzuwachs häuften sich die Verbandsgeschäfte immer mehr. Einige Kollegen opferten ihre Abende und auch wohl halbe Nächte, um die notwendigen Verbandsgeschäfte zu erledigen. Auf die Dauer war dieses aber ein unhaltbarer Zustand, dies wurde seitens der Kollegen allseitig anerkannt. Auch fehlte es uns an einem geeigneten, von den Fabrikanten unabhängigen Vertreter zum Zwecke der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern bei etwaigen Differenzen. Unseren selbst im Arbeitsverhältnis stehenden Führern waren so ziemlich die Hände gebunden. Erstens konnten sie bei plötzlich ausbrechenden Streiks fast nie zur geeigneten Zeit zur Stelle sein, da es für sie fast unmöglich war, Urlaub zu bekommen, und zweitens mußten sie bei der Agitation und bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern Rücksicht auf ihre abhängige Stellung nehmen, um nicht zum Heber gestempelt zu werden und ihre Arbeit und Existenz zu verlieren. Inzwischen hatten aber auch die Arbeitgeber sich den Verhältnissen anzupassen gesucht und sich in örtlichen oder Bezirksarbeitsgeberverbänden zusammengeschlossen. Jetzt ließen die Schwarzheher und Kopfhänger in unserm Verbands wieder ihre Stimme erschallen, um die Auslosigkeit unserer Gewerkschaftsbestrebungen zu beweisen. Die klarschauenden Kollegen aber waren mit dieser Vogelstrauß-Politik nicht einverstanden und erklärten: Haben die Arbeitgeber ihre Position gefestigt, so besetzen wir die unsrige auch. Da tauchte als leuchtender Stern am Himmel der Zentralisationsgedanke auf. Schaffen wir einen großen Zentralverband für alle christlich und nationalgesinnten Textilarbeiter Deutschlands, so lagten sich die Kollegen, dann werden wir in Zukunft weit besser in der Lage sein, ernstlichen Kämpfen mit Ruhe und Zuversicht entgegen zu schauen.

Nun, unser Ideal hat praktische Gestalt angenommen. Wir gehören jetzt einem großen und starken Zentralverbande an. Dieser gehört wieder dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften an. Selbst über die Landesverbände hinaus haben wir unsern christlichen Arbeitsbrüdern in Holland und Belgien, neuerdings auch in der Schweiz und Oesterreich die Bruderhand gereicht, um mit vereinter Kraft für die Hebung der Lage des Arbeiterstandes auf christlicher und nationaler Grundlage zu wirken. Damit haben wir uns ein Ziel gesetzt, welches „des Schweißes der Edlen würdig ist“.

Die Arbeitgeber hatten aber auch für die Entwicklung der Arbeiterorganisationen ein machsames Auge. Aus den verschiedenen lokalen und Bezirksarbeitsgeberverbänden entstanden große Landesverbände. Auch die Textilindustriellen gründeten einen Landesverband. Die verschiedenen Landesverbände schloßen sich wieder zusammen in der „Zentralstelle deutscher Arbeitgeber“ mit dem Sitze in Berlin. Damit war gewissen Leuten wieder Gelegenheit geboten, ihre „Prophetentgabe“ zu betätigen, die Ohnmacht der Arbeiterorganisationen laut zu verkünden. Die Organisationen sind jetzt zur „Bedeutungslosigkeit“ verurteilt, so lautete das Schlagwort der Besessenen unter den Arbeitern. Aber wieder erwiesen sich diese Leute als falsche Propheten. Wohl betrachten es ja viele Arbeitgeberverbände, besonders in der ersten Zeit ihres Bestehens als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Arbeiterverbände in Grund und Boden zu reimen. In der Regel kommen sie aber recht bald zu der Einsicht, daß die Arbeiterverbände doch ein recht zähes Leben besitzen. Diese Erfahrung haben erst neuerdings die Kohlenbarone im Ruhrrevier und in den letzten Tagen noch die Metallindustriellen Bayerns gemacht. Diese hatten ihren Arbeitern sogar einen Revers zum unterzeichnen vorgelegt, nach dem sie 1) keiner Organisation angehören durften und 2) sich verpflichteten, keine Gelder auf Streiklisten zu zeichnen. Der Plan war gewiß „hübsch“ ausgedacht, aber er ist zu Wasser geworden. An der Einigkeit der Metallarbeiter ist er gescheitert. In den Einigungsbedingungen ist ausdrücklich festgelegt, daß die Revers zurückgegeben werden. (Siehe auch den Artikel: Das Ende der Metallarbeiter-Aussperrung in Bayern. D. N.) Was wäre wohl aus den bayerischen Metallarbeitern geworden, wenn sie den demütigenden Revers unterschrieben hätten und damit aus dem Verbands getreten wären??? Die Metallarbeiter haben durch ihre Aussperrung die gewerkschaftliche Feuerprobe bestanden. Man wird es so leicht nicht wieder wagen, ihr Koalitionsrecht anzutasten.

Aber die Metallarbeiter hatten sich durch angemessene Beiträge für kommende Kämpfe gewappnet. Nun, auch wir Textilarbeiter haben die Zeichen der Zeit verstanden. Unsere Mitglieder haben durch ihre Urabstimmung bewiesen, daß sie von der Notwendigkeit der erhöhten Beiträge durchdrungen sind. Gegen äußere Feinde haben wir uns jetzt in geeigneter Weise getrafft, wenn uns nur keine inneren Feinde erwachsen. Denn als Feinde des Verbandes sind zweifellos diejenigen anzusehen, welche die Beitragserhöhung zum Anlaß nehmen, um dem Verbands den Rücken zu kehren. Wenn sie in unserm schweren und gerechten Kampfe feige oder kleinmütig die Reihen der Streiker verlassen und das Heer der Unorganisierten vergrößern helfen, so begehen sie Verrat an ihren eigenen und an den Interessen ihres Standes. Sie entschuldigen ihr Tun zwar oft damit, daß sie als Textilarbeiter die erhöhten Beiträge nicht zahlen könnten, da sie kaum die notwendigen Ausgaben bestreiten könnten. Aber glauben diese Leute denn, daß die Kollegen, welche den erhöhten Beitrag gerne zahlen, Geld zuviel hätten? Auch uns mangelt es oft an allem Nötigen, aber der Verbandsbeitrag gehört eben zu den allernot-

wendigsten Auslagen. Das „Sparen“ des Verbandsbeitrages ist die rechte Art, um sich in die allererbärmlichsten Verhältnisse hineinzuspüren.

Dabei ist es aber auch ein durchaus unehüres Verhalten, sich im Ringen um eine bessere Existenz müßig abseits zu stellen und dadurch den Erfolg für die Arbeiter in Frage zu stellen oder gänzlich zu verhindern. Wir Arbeiter müssen doch Standesbewußtsein besitzen und gemeinsam an der Hebung unseres Standes arbeiten. Kürzlich sagte mir ein Volksschullehrer: „Ich gehöre dem Lehrerverein an, weil ich Vorposten besitze.“

Wie traurig ist es bei manchem Arbeiter mit dem Korpsgeist, mit dem Gefühl der Zusammengehörigkeit mit seinen Standesgenossen bestellt. Kollegen und Kolleginnen, damit muß es in Zukunft anders werden. Als Arbeiter müssen wir zusammenhalten und gemeinsam an den großen Aufgaben unseres Standes arbeiten.

In unserm Verband besitzen wir ein geeignetes Mittel, um unsere wirtschaftlichen Interessen tatkräftig zu vertreten. Werde kein Kollege und keine Kollegin infolge der so bitter notwendigen Beitragserhöhung fahrlässig, sondern arbeite mit Eifer und Eifer an der Verbesserung der Lage der Textilarbeiter, zu unserm Wohle und zum Wohle unserer Kinder.

### Die Ergebnisse der Gewerbeaufsicht im Jahre 1904.

Regierungsbezirk Düsseldorf.

I.

Die Gewerbeaufsicht im Regierungsbezirk Düsseldorf wurde im vergangenen Jahre von 22 Beamten (darunter 1 Assistentin) ausgeübt. Der von dem oben genannten Reg.- und Gewerbeamt darüber erstattete Bericht bemerkt im Eingange, daß die Zahl der von den Gewerbeaufsichtsbeamten während des Berichtsjahres ausgeführten Revisionen von 8158 im Vorjahre auf 9166, also um 1008, gestiegen sei. Von der Gesamtzahl der im Berichtsjahre vorhandenen 15 008 Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen wurden revidiert 6026 oder 40,15 Proz. (43,7 Proz.). In diesen Anlagen waren beschäftigt: 298 456 oder 76,85 Proz. (80,3 Proz.) aller Arbeiter, 229 635 oder 73,33 Proz. (79,8 Proz.) aller erwachsenen männlichen Arbeiter, 43 817 oder 72,07 Proz. (83,3 Proz.) aller erwachsenen Arbeiterinnen, 25 004 oder 72,73 Proz. (80,0 Proz.) aller jugendlichen Arbeiter. Fernerhin sind 842 Revisionen ausgeführt worden in 817 Anlagen, welche, ohne zu den Fabriken und den ihnen gleichgestellten Anlagen zu gehören, auf Grund bundesrätlicher Vorschriften zu überwachen sind.

Das Verhältnis der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern und Arbeitern ihrer Dienstbezirke bezeichnet der Bericht als durchaus zufriedenstellend.

Seitens der Arbeitgeber sowohl wie seitens der Arbeiter finden die Beamten bei ihrer dienstlichen Tätigkeit in stets wachsendem Umfang Entgegenkommen und Vertrauen, und von Jahr zu Jahr mehren sich die Fälle, in denen die einzelnen Dienststellen zum Zwecke persönlicher Rücksprache aufgesucht werden. Arbeitgeber sprachen auf den Inspektionen 2129 (1623) vor, Arbeiter 596 (527). Auch die Besuche von Arbeiterinnen bei der Assistentin haben etwas (55 statt 52) zugenommen. Wesentlich umfangreicher als der mündliche war auch im Berichtsjahre der schriftliche Verkehr der Beamten mit den Arbeitern. Derselbe vollzieht sich nach wie vor vielfach durch Vermittlung der Arbeiterorganisationen und Arbeitersekretariate, die es sich nach dem Bericht überhaupt angelegen sein lassen, mit dem Gewerbeinspektoren Fühlung zu halten. Wie in den früheren Jahren, so wurde auch im Berichtsjahre die Vermittlung der Aufsichtsbeamten zur Verhütung von Arbeiterausständen mehrfach und meist mit Erfolg in Anspruch genommen.

Die Zahl der Anlagen, in denen

#### jugendliche Arbeiter

beschäftigt waren, ist im allgemeinen gestiegen. In der Textilindustrie ist die Zahl der Anlagen, welche jugendliche Arbeiter beschäftigen, von 1338 auf 1274 und die Zahl der jungen Leute von 11 053 auf 10 881 zurückgegangen, während die Zahl der Kinder mit 285 genau die gleiche geblieben ist wie im Vorjahre. Mit dem Ablaufe der den Spinnereien durch die Bekanntmachung vom 8. Dezember 1893 bis zum 1. Januar 1904 gestatteten Ausnahme, die Nachmittagspausen der jugendlichen Arbeiter an den Samstagen und den Vorabenden der Festtage unter gewissen Voraussetzungen fortlassen zu lassen, haben sich die hiesigen Spinnereien ohne Schwierigkeiten abgefunden. Zu einem Einschreiten wegen ungeeigneter Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern in Spinnereien hat sich kein Anlaß geboten. Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbestimmungen zugunsten der jugendlichen Arbeiter wurden in 852 Betrieben festgestellt. Sie waren aber zumeist formeller Natur und führten nur in 90 Fällen zu Bestrafungen.

Die Zahl der Anlagen, in denen erwachsene Arbeiterinnen tätig waren, ist von 2753 auf 4270 oder um 1517, die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen von 55 580 auf 60 796 oder um 5216 gestiegen.

In der Textilindustrie sind, sowohl betreffs der Zahl der Betriebe, welche erwachsene Arbeiterinnen beschäftigen, als auch bezüglich der Zahl der Arbeiterinnen nur geringe Veränderungen gegenüber dem Vorjahre eingetreten. Die Zahl



der Betriebe mit 1545 gegen 1536 als auch die Zahl der Arbeiterinnen mit 41 535 gegen 41 683 ist nahezu die gleiche geblieben wie im Vorjahre. Die Zahl der Betriebe, für welche Leberarbeit von Arbeiterinnen bewilligt wurde, ist von 109 auf 104 zurückgegangen, die Zahl der überbeschäftigten Arbeiterinnen hat aber eine Zunahme von 5736 auf 7712, und die Zahl der bewilligten Leberstunden eine solche von 59 420 auf 74 930 erfahren. Erst kürzlich wurde die Entscheidung dadurch, daß an den Leberarbeitsbewilligungen in noch größerem Umfang als im Vorjahre die Textilindustrie beteiligt war, und daß es sich bei dieser um eine Anzahl ungewöhnlich großer Betriebe handelte. Allein auf die Betriebe der Textilindustrie entfielen 123 (120) Bewilligungen für 63 (66) Anlagen, 6785 (4304) Arbeiterinnen und 1091 (1141) Betriebstage; die Summe der bewilligten Leberstunden belief sich auf 62 820 (45 422). „Das im Berichtsjahre hervorgetretene starke Bedürfnis nach Leberarbeit kennzeichnet den lebhaften Geschäftsgang, der in mehreren Zweigen der Textilindustrie, insbesondere in derjenigen des Wuppertals, vorherrschte.“ Verkäufe gegen die Schutzvorschriften für Arbeiterinnen wurden in 223 Fabriken ermittelt; in 21 Fällen trat Bestrafung ein.

Die Zahl der in den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten

#### erwachsenen männlichen Arbeiter

ist im Berichtsjahre von 280 350 auf 293 158 oder um 12 808, die Gesamtarbeiterzahl von 365 648 auf 388 333 oder um 21 685 gestiegen. An der Zunahme sind mehr oder minder alle Industriezweige beteiligt; selbst die Textilindustrie, welche verhältnismäßig die geringsten Veränderungen aufweist, hat im letzten Jahre 57 126 gegen 55 854, d. h. 1272 erwachsene männliche Arbeiter mehr beschäftigt als im Vorjahr. Die Einführung der sogenannten

#### englischen Arbeitszeit

machte namentlich im Aufsichtsbezirk Barmen weitere Fortschritte. Im Bezirk Solingen hat die Zahl der Betriebe, welche an den Sonnabenden früher als in der Woche schließen, wiederum zugenommen, wesentlich infolge des Drängens der organisierten Arbeiter. Auch sonst machte sich das Streben der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit mehrfach mit Erfolg geltend, so ist es den Schreibern in Barmen gelungen, in vielen Betrieben die bisher übliche 9 1/2 bis 9 3/4 stündige Arbeitszeit auf 9 Stunden herabzusetzen.

In ungewöhnlichem Maße gehäuft haben sich im Berichtsjahre die Anträge auf Bewilligung von

#### Sonntagsarbeit

aus den Betrieben der Textilindustrie, von denen 27 (12) durch 63 (16) Einzelbewilligungen die Genehmigung erhielten, an insgesamt 74 (19) Sonntagen und 32 915 (2379) Stunden 5055 (383) Arbeiter zu beschäftigen.

Die überwiegende Mehrzahl der Bewilligungen betraf die Seidenfabriken des Kreises und Barmen Aufsichtsbezirks. In bezug auf die

#### Festsetzung der Geldstrafen

spricht sich der Bericht dahin aus, daß in den Anlagen, in denen auffallend oft gestraft wird, den Werkmeistern und Vorarbeitern zu viele Befugnisse eingeräumt werden. Dort, wo die Arbeitgeber sich die Bestrafung selbst vorbehalten oder darauf größeren persönlichen Einfluß ausüben, oder wo die Straffestsetzung in den Händen höherer Betriebsbeamten liegt, pflegen die Strafen gering zu sein. Die Verwendung der Strafgebelde ist in den Arbeitsordnungen meist dahin geregelt, daß die Beträge bei dem Bestehen von Fabrikkrankheiten regelmäßig dienen zu müssen, während sie sonst zum Teil unter Mitwirkung der Arbeiter, zum Teil nach freier Verfügung der Fabrikherren der Unterstützung kranker oder sonst in Not geratener Arbeiter dienen. Eine scharfe Trennung der Strafgebelde von den Schadenersatzbeträgen begegnet namentlich in der Textilindustrie, wo Schadenersatzansprüche für fehlerhafte oder verdorbene Waren und dergleichen in großem Umfange geltend gemacht werden, noch häufig einigen Schwierigkeiten. Die Ansicht über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Geldstrafen ist nach dem Bericht in den Kreisen der Arbeitgeber immer noch geteilt. „Jedenfalls“, so heißt es in dem Bericht, „haben die Ermittlungen gezeigt, daß auch Werke mit einer zahlreichen Arbeiterzahl unbeschadet der Aufrechterhaltung der Disziplin ohne oder mit ganz seltenen Bestrafungen auskommen können, sobald der Schluß gerechtfertigt erscheint, daß für eine häufige Anwendung der Strafbesugnisse, wie sie immer noch vorkommt, zwingende innere Gründe nicht bestehen.“

Aus den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben sind im Berichtsjahr insgesamt

#### 26 814 Unfälle

gegen 24 494 im Vorjahre zur Kenntnis der Gewerbeinspektoren gelangt. Die Zunahme der Unfälle betrug somit 2320 oder 9,4%, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter sich nur von 366 648 auf 388 333 oder 3,9% vermehrte. Die Steigerung der Unfallziffern war daher relativ größer als

diejenige der Zahl der beschäftigten Personen; da jedoch fast ausschließlich die leichteren Fälle zugenommen haben, darf nach Ansicht des Berichtes angenommen werden, daß die Zunahme nur eine scheinbare ist und im wesentlichen auf vollständiger Anmeldung auch der unbedeutendsten Unfälle beruht. Die Zahl der Todesfälle war sowohl insgesamt mit 106 gegen 110 als auch in den Hütten- und Walzwerken mit 49 gegen 50 erfreulicherweise gegenüber dem Vorjahre etwas geringer.

## „Ein Schläuberger.“

„Aber wie können diejenigen, die auf einem solchen Standpunkt stehen, gegenüber den viel stärkeren und opferwilligeren freien Gewerkschaften, dann den katholischen Fachabteilungen die Gleichberechtigung und Anerkennung versagen? Was Herr Schiffer u. a. den freien Gewerkschaften vorgeworfen, das gerade tun Herr Schiffer und seine Kollegen in rücksichtsloser Weise gegenüber den katholischen Fachabteilungen.“

So Herr Hue in Nr. 26 der „Bergarbeiterzeitung“. Da haben wir also des Rätsels Lösung! Wir erkennen die Fachabteilungen der Berliner Herron nicht als gleichberechtigt an, ergo — haben wir uns auch nicht darüber zu beklagen, wenn wir von den „freien“ Gewerkschaften nicht als gleichberechtigt anerkannt werden. Nun, wir wollen gerne bekennen, daß wir auch die Prävinzler Rabattsparmarken-Sterbefasse nicht als gleichberechtigte Gewerkschaft anerkennen. Warum? weil es sich bei dieser ebenso wie bei der Schwärmerei gar nicht um eine Gewerkschaft handelt. Bei der Anerkennung einer Gewerkschaft ist doch vorauszusetzen, daß der Charakter einer Gewerkschaft vorhanden ist. Diese Voraussetzung fehlt aber bei den Fachabteilungen gänzlich. Wir befinden uns darin doch auch wohl mit Herrn Hue in Uebereinstimmung, daß der Gewerkschaftscharakter einer Vereinigung nicht vorhanden sein kann, wenn dieselbe nicht gewillt ist, eventl. mit der Arbeitskraft ihrer Mitglieder solange zurückzuhalten, bis der Arbeitgeber den gerechten Wünschen derselben entgegenkommt.

Weiß Herr Hue es nun nicht, oder will er es nicht wissen, daß die „Bekliner“ Fachabteilungen den Streik prinzipiell verwerfen, daher auch den Bergarbeiterstreik in Grund und Boden verdammen? Wie aber steht es mit den christlichen Gewerkschaften? Will Herr Hue ihnen vielleicht den Gewerkschaftscharakter absprechen, jetzt nach der Beendigung des großen Bergarbeiterstreikes? Nach dem eigenen Geständnis der „Freien“ haben sich die christlichen Bergarbeiter doch „tapfer gehalten“. Aber darin liegt keineswegs der Schwerpunkt! Man würde den christlichen Gewerkschaften auch dann die Anerkennung und Gleichberechtigung versagen, wenn man ihnen auch wegen ihres gewerkschaftlichen Handelns stets die größte Anerkennung zollen müßte. Die christlichen Gewerkschaften verwerfen den Klassenkampf — da liegt der Hase im Pfeffer. Wird Herr Hue dem „deutschen“ Metallarbeiterverbande etwa die Gleichberechtigung und Anerkennung versagen, weil er der Firma Hammesfahr in Solingen Streikbrecher geliefert hat? Ja wo! Der „freie“ Metallarbeiterverband ist eine „Klassenbewußte“ Gewerkschaft und — das genügt. Ob aber der Klassenkampf, der sich oftmals sogar durch blutige Bekämpfung der Tarifverträge (weil diese das Klassenbewußtsein gefährden) äußert, den eigentlichen Gewerkschaftszwecken dienlich, darüber möge sich Herr Hue die Antwort beim Buchdruckerverband holen. Herr Bebel hat den Ausspruch getan: Wir (die Sozialdemokratie) würden Pfaffen und Küster auch bekämpfen, wenn Pfaffen und Küster auch die ordentlichsten Menschen wären; die „freien“ Gewerkschaften werden die christlichen Gewerkschaften auch bekämpfen und ihnen die Gleichberechtigung absprechen, wenn sie auch noch so entschieden für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter eintreten, weil die christlichen Gewerkschaften den Klassenkampf verwerfen. Aber unsere Aufgabe wird es sein, uns Anerkennung und Gleichberechtigung zu erzwingen.

## Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

### Kontraktbrüchige Unternehmer.

Bekanntlich hatten die Arbeitgeber des Baugewerbes im Ruhrrevier die nicht unter Tarif arbeitenden Bauarbeiter ausgeperrt. Jetzt hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe die Ausperrung sämtlicher organisierter Bauarbeiter beschlossen, also auch derjenigen Arbeiter, welche mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Zu den Städten, für welche Tarifverträge bestehen, gehört auch Essen a. d. Ruhr. Die Tarifverträge sind Ende vorigen Jahres auf Veranlassung und unter Mitwirkung des Oberbürgermeisters Zweigert in Essen zustande gekommen. Die neueste Wendung der Dinge hat den Oberbürgermeister veranlaßt, seine Stellungnahme zu dem Beschlusse des Arbeitgeberverbandes der Öffentlichkeit mitzuteilen. Der Oberbürgermeister äußerte sich dem Vertreter der „Eigener Volkszeitung“ ge-

genüber, dem er eigens zu diesem Zwecke hatte rufen lassen, dahingehend, daß ein Vertreter der christlichen Organisation, Herr Bacher, zu ihm gekommen sei und ihn gefragt habe: „Herr Oberbürgermeister, ist es recht, wenn die Arbeitgeber hier in Essen und Umgebung, wo doch Tarifverträge bestehen, die organisierten Arbeiter ausperrten?“ Er habe sich darauf Mühe gegeben, den Herrn Bacher zu beruhigen, indem er erklärte, er halte es für gänzlich ausgeschlossen, daß das geschehe. Darauf kamen kurz nacheinander zwei Arbeitgeber zum Herrn Oberbürgermeister und erklärten gleichfalls, daß der Arbeitgeberverband erwogen habe, ob auch die unter Tarif beschäftigten Arbeiter, daher auch die Essener ausperrten seien. Der Herr Oberbürgermeister erklärte den Herren, daß er auf dem Boden der Tarifverträge stehe, und daß er eine Ausperrung der unter Tarif arbeitenden organisierten Arbeiter als einen schweren Kontraktbruch der Arbeitgeber ansehe.

Er erklärte ferner, im Falle der Ausperrung zweierlei Maßnahmen zu ergreifen. Er werde sämtliche städtischen Arbeiten sofort in städtischer Regie auf Kosten der Unternehmer fertigstellen lassen und die Mehrkosten von den Unternehmern einfordern. Ferner werde er erwägen, ob er bei der Stadtvorordnetenversammlung beantragen solle, zur Unterstützung der brotlos gewordenen Arbeiter im Kampfe gegen die kontraktbrüchigen Arbeitgeber 20 000 Mark zu bewilligen. Am Donnerstag Morgen erschien einer der oben erwähnten Bauunternehmer wieder beim Herrn Oberbürgermeister und fragte im Auftrage des Arbeitgeberverbandes, ob es wahr sei, daß er, der Oberbürgermeister bei der Stadtvorordneten-Versammlung den Antrag stellen werde, 20 000 Mk. zur Unterstützung der ausgeperrten Arbeiter zu bewilligen, „damit man sich rechtzeitig gegen ein solch unerhörtes Vorgehen schützen könne“. Der Oberbürgermeister erklärte, daß er nunmehr fest entschlossen sei, diesen Antrag zu stellen. Dieser Antrag sollte bereits auf die Tagesordnung der nächsten Stadtvorordneten-Sitzung am 14. d. M. kommen. Der Oberbürgermeister betonte ausdrücklich, es habe den Arbeitgebern freigestanden, die Tarifverträge abzuschließen, aber ein unterzeichneten Kontrakt sei unter allen Umständen zu halten, und ein Kontraktbruch der Arbeitgeber sei ebenso zu verurteilen, wie ein solcher der Arbeitnehmer.

Die entschiedene Stellungnahme wird von der Arbeiter- und Bürgerschaft freudig begrüßt. Auch sind die Arbeitgeber des Baugewerbes bei weitem nicht alle mit dem schärfmacherschen Vorgehen ihres Verbandes einverstanden. Der unterzeichnete Garantieschein zwingt sie aber, mitzutun. Der eigentliche Zweck der Ausperrungen; die Herüberführung der Arbeiterorganisationen, tritt immer klarer zutage. Die Herren werden dieses Ziel aber nicht erreichen, dazu sind die Arbeiterverbände doch zu stark. Inzwischen sind Einigungs-verhandlungen angebahnt worden.

### Das Ende der Metallarbeiterausperrung in Bayern.

Die große Ausperrung der bayerischen Metallarbeiter kann als erledigt betrachtet werden. Zwischen den Vertretern des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes und den beteiligten Arbeiterorganisationen ist eine Verständigung dahingehend zustande gekommen, daß die ausgeperrten Arbeiter zurückgezogen werden. Durch diese Reversen sollten sich die Arbeiter verpflichten, keiner Organisation anzugehören und keine Gelder auf Streiklisten zu zeichnen. Die reine Arbeitszeit auf 8 Stunden festzusetzen, will der Arbeitgeberverband seinen Mitgliedern empfehlen, entsprechender Lohnausgleich wird als selbstverständlich betrachtet. Die vom Ausstand betroffenen Firmen wiederholen ihre früheren Zugeständnisse und werden in eine wohlwollende weitere Prüfung der Löhne eintreten, insbesondere soweit niedrige Löhne in Betracht kommen.

Ferner erklärten sich die Arbeitgeber bereit, Wünsche der Arbeiter durch Arbeiterausschüsse oder direkt entgegen zu nehmen, für den Bedarfsfall wird die Bildung von Kommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Aussicht genommen. Bezüglich der Wiedereinstellung wird zugesagt, daß Maßnahmen nicht vorkommen sollen. Günstigere Bedingungen, die bei einzelnen Firmen bestehen, sollen nicht geändert werden.

Damit wäre denn der gewaltige Kampf in der bayerischen Metallindustrie wieder beendet. Ihren Zweck, Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, haben die Unternehmer nicht erreicht.

Die Arbeiter haben eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne erreicht. Ist der Sieg für die Arbeiter auch kein voller, so können sie doch mit dem Erreichten zufrieden sein. An der Einigkeit der Arbeiter sind die Machtgelüste der Metallindustriellen abgeprallt.

### Aus konfessionellen Kreisen.

Die „Kirchlich-sozialen Blätter“ berichten: Auf der Kreis-synode Dortmund erklärte Superintendent Schlett unter ausdrücklicher Zustimmung der Synode:

„Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat wegen seiner Allgemeinheit und Dauer, auch durch die allgemein beob-

## Zeitbilder.

„Es war so schön gewesen“, so werden die großen Strategen des sozialdemokratischen (alten) Bergarbeiterverbandes jetzt wohl in stiller Reflektion seufzen, nachdem die Generalversammlung des christlichen Gewerkschaftsvereins ihre Hoffnungen so jah zerstört hat. Es ist bekannt, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Parteipresse schwere Vorwürfe gegen die Leitung des alten Verbandes (Hue, Sachse, Leimpeters) erhob, weil diese mit dem christlichen Verband gemeinsam vorgegangen waren und sogar den Gewerkschaftsführer Effert zum Vorsitzenden der Siebenerkommission gewählt hatten. Der Verbandsvorsitzende Sachse verteidigte die Verbandsleitung gegen die erhobenen Vorwürfe, indem er ansführte, daß sie die Christlichen absichtlich an die Leitung gedrängt hätten. Auch der Redakteur Leimpeters bestätigte diese „Vorschiebungspolitik“ im Juniheft der „Sozialistischen Monatshefte“ durch folgende Ausführungen:

Tatsächlich unrichtig soll es auch gewesen sein, daß Effert an die Spitze der Siebenerkommission gewählt worden ist und nicht einer vom Verband, als der stärksten Organisation. Dieser Fehler ist mit kalter Berechnung hergangen worden, und niemand hätte es lieber gesehen, Sachse würde diesen Posten übernehmen haben, als Effert selbst.

Damit haben die Herren vom „alten“ Verband ihre „Vielseitigkeit“ glänzend bewiesen. Bis zur selben Zeit hatte die „Bergarbeiterzeitung“ den Gewerkschaftsverein noch als „Zehnergewerkschaft“ bezeichnet, damit sollte gesagt sein, daß der christliche Verband die Geschäfte der Zehnergewerkschaften besorge, und dann plötzlich — wählt man einen Führer dieses „Zehnergewerkschafts“ zum Leiter des gemeinsamen Streiks.

Die Sache liegt tiefer, so sagten sich die auf einmal so loyal gewordenen Verbändler. Originell war diese Berechnung nun zwar nicht. Wir hatten schon des öfteren Gelegenheit, zu konstatieren, daß programmatische Gesinnungen plötzlich von auffällender Bescheidenheit gegenüber den Christlichen

Organisierten besetzt wurden, wenn es sich darum handelte, ein Amt als Fabrikarbeitsführer oder dergleichen zu übernehmen. So wählten z. B. die „Freiorganisierten“ in einer Fabrik in Oberfeld unsere Kollegen, als den einzigen christlich-organisierten Arbeiter, in den Ausschuss, obgleich sie selbst stark vertreten waren. Bald so, bald so, gerade wie die Verhältnisse es am zweckmäßigsten erscheinen lassen, suchen die „Freien“ ihre Taktik gegenüber den Christlichen einzurichten.

Bezüglich des Zusammengehens beim Bergarbeiterstreik führt Leimpeters noch aus: „Das Zusammengehen geschieht nicht der schönen Augen des Gewerkschafts halber, sondern um eine einheitliche Aktion gegen die Unternehmer zu führen und dadurch Erfolge für die Kameraden herauszuschlagen, aber auch, um die Bahn zu einer einheitlichen Bergarbeiterorganisation zu ebnen.“

Wirklich sehr nett gesagt — nur etwas undeutlich. Leimpeters Ausführungen hätten weit mehr Bedeutung gehabt, wenn er auch gleichzeitig angegeben hätte, wie er sich eine einheitliche Organisation eigentlich denkt.

Wenn nämlich Bömelburg in Köln jagte: „Uns trennen zwei Weltanschauungen“, so kann eine einheitliche Organisation doch nur gedacht werden unter Aufgabe der einen Weltanschauung zugunsten der andern. Sind die „freien“ Gewerkschaften aber vielleicht gewillt, ihre antichristliche Weltanschauung zugunsten der christlichen zu opfern, um so eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu ermöglichen? Das hieße ja für die „Freien“, „unvernünftige“ Menschen zu werden, denn Legien betonte ja ausdrücklich: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen geworden sind.“

Eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung wäre doch auch nur denkbar, wenn sich die „freien“ Gewerkschaften von der Sozialdemokratie emanzipierten. Daßte daran vielleicht Leimpeters, als er die Bahn für eine einheitliche Bergarbeiterorganisation frei machen wollte? Der's glaubt kriegt nicht nur einen, der kriegt zwei Teier. Heutzutage sind die Illusionen des Gewerkschaftsleiters jetzt gründlich zerstört worden auf der

Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter. Klar und unmissverständlich hat die Generalversammlung erklärt, daß sich der Gewerkschaftsverein „nach wie vor bei seiner Wirksamkeit auf den Boden der christlichen Weltanschauung stellt und den Klassenkampf verurteilt.“

Auch dem Herrn Legien ist die richtige Antwort zuteil geworden, indem die Generalversammlung ihre Mitglieder aufgefordert, unter denjenigen Vergleuten, die wegen Hochhaltung ihrer religiösen Ideale sich nicht als unvernünftige Menschen beschimpfen lassen wollen, energig die Agitation zu betreiben und dadurch den christlichen Vergleuten die ihnen gebührende Stellung in der Arbeiterbewegung zu verschaffen.

Der langjährige Führer der Kirchlich-Sozialen Gewerkschaften,

### Dr. Max Hirsch

ist am Montag, den 26. Juni gestorben. Er war am 30. Dezember 1830 in Halberstadt geboren und studierte in Tübingen, Heidelberg und Berlin. Auf einer Studienreise in England lernte er die englischen Trades-unions kennen, und er fasste den Entschluß, in Deutschland Gewerkschaften nach englischem Muster zu gründen. Im Verein mit dem Berleger Franz Dunder und anderen Mitgliedern der deutschen Fortschrittspartei gründete er im Jahre 1868 die Kirchlich-Sozialen Gewerkschaften. Dieselben blieben aber in der Entwicklung weit hinter den anderen Gewerkschaftsrichtungen zurück und sind auch von den jungen christlichen Gewerkschaften bereits weit überholt worden. Dem Anwalt der Gewerkschaften setzte bei allem Fleiße doch jenes agitatorische Talent und jene harteigende Beharrlichkeit, welche notwendig ist, um große Massen zu begeistern.

Seit mehreren Jahren kränkelnd, mußte er jüngeren Kräften die Arbeit überlassen, die er früher mit redlichem Fleiße selber geleistet hatte. Dr. Max Hirsch war eine der bekanntesten Persönlichkeiten im deutschen Gewerkschaftsleben.



achtete Ruhe während desselben allgemeine Beachtung gefunden, nicht geringe auch bei der Regierung, welche zu Beginn des Streites in die Arbeit der Revision der Arbeiterbeschwerden eingetreten war und dieselbe nun lebhafte weiterführte. Die Annahme von Forderungen, in seinem Jahresbericht, daß die Arbeiter sich mehr und mehr zur Stellungnahme gegenüber der glaubenslosen Sozialdemokratie gedrängt sehen und sich christlich organisieren, möge sich allerorten bewahrheiten. Eine dahingewandte Tätigkeit dürfte die Kirche zurzeit bei ihrem Anteil an der sozialen Frage in den Vordergrund zu stellen haben.

Es handelt sich hierbei um einen Beschluß von hoher Wichtigkeit. In einem Augenblick, in dem extrem-liberale Stimmen, genau wie die Verlierer „Leberthalholiken“, den christlichen Gewerkschaften aus konfessioneller Streitsucht Steine in den Weg werfen, spricht sich zum ersten Male eine offizielle Vertretung der evangelischen Landeskirche unumwunden zu Gunsten der christlichen Gewerkschaften aus. Mögen viele Beschlüsse aus industriellen Gegenden diesem ersten folgen!

### Die Gewerbegerichtswahl in Essen

hat mit einem Erfolg für die christlichen Gewerkschaften abgeschlossen. Die Wahl erfolgte nach dem Proporzionalwahl-system. Für die christliche Liste wurden 7560, für die sozialdemokratische 7195 und für die Kirche-Demokratische 999 Stimmen abgegeben. Bei der vorigen Wahl im Januar 1904 wurden für die christliche Liste 7245 und für die „freien“ Gewerkschaften 7892 Stimmen abgegeben. Die Christlichen haben somit einen Zuwachs, die „Freien“ dagegen einen Rückgang zu verzeichnen. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ nennt das Ergebnis der jetzigen Wahl ein unbefriedigendes. Wir können ihr das nachsagen.

### Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband als Denunziant.

Nach dem „deutschen Metallarbeiter“, Organ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, hat der soz. Metallarbeiter-Verband in Flensburg eine recht tiefbeschämende Rolle gespielt. Dasselbst ist ein Streik resp. Auspörrung der Werftarbeiter ausgebrochen, woran auch der christliche Metallarbeiterverband mit ca. 100 Mitgliedern beteiligt war. Wie bei allen Bewegungen sind auch da erst in den letzten Wochen viele Kollegen beigegeben, so daß diese nicht unterstützungsberechtigt sind. Es sollte nun durch Sammelkassen den Arbeitern christlicherseits unter die Arme gegriffen werden. Dieses hat nun den Zorn der freien Verbände erregt; und da die Vorstellung betreffs Einstellung der Sammlungen nichts nützte, so wurden die christlichen Arbeiter bei der Behörde denunziert. Der Vorsitzende der Flensburger Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes erhielt seitens der Polizeibehörde eine Vorladung wegen einer Ermittlungslage. Und bei derselben wird ihm die Mitteilung, daß er vom deutschen Metallarbeiterverband wegen unerlaubten Sammelns zur Anzeige gebracht sei. Diese Tat ist um so verabscheuenswürdiger, als sie von Leuten ausgeht, die sich organisiert nennen, und sich als die einzig echten und rechten Arbeitervertreter aufspielen wollen. Kein Mittel ist also den Genossen zu schlecht, wenn es gegen die Christlichen geht. Nur ein Pfui kann man über eine derartige Handlungsweise von Arbeitern gegen Arbeiter haben.

### Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Der Frankfurter Arbeiterkongreß forderte u. a. auch die Rechtsfähigkeit für die Arbeiterberufsvereine. Dieselbe besteht bekanntlich darin, daß ihnen das Recht einer juristischen Person verliehen wird, d. h., daß der Verband als solcher zur Ausübung diejenigen Rechte erhält, die jede Person für sich vor dem Gesetz besitzt (Erwerb von Grundeigentum, Recht der Klage u.).

Die deutsche Regierung hat nunmehr einen diesbezüglichen Gesetzentwurf fertiggestellt. Der bekannte Breslauer Sozialpolitiker, Prof. Sombart, wirft nun die Frage auf, ob die Vorteile, die den Arbeiterorganisationen aus der Rechtsfähigkeit erwachsen würden, vom Standpunkte der Arbeiter solcher Art sind, daß man die Erlangung der Rechtsfähigkeit als ein besonders erstrebenswertes Ziel betrachten darf, und gibt darauf folgende Antwort:

Daß es auch ohne sie geht, lehrt die Erfahrung. Gewiss, man würde den Geschäftsbetrieb in mancher Hinsicht erleichtern. Das wäre aber auch alles. Auf keinen Fall aber dürfte die Gewährung der Rechtsfähigkeit mit der geringsten Konzession seitens der Arbeitervereine erkauft werden: das wäre sie nicht wert. Und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Regierung solche Konzessionen verlangt, etwa Vorlegung der Mitgliederlisten oder Einspruchsbezeugnis bei Verwendung der Gelder (zu Streikzwecken u.). Die Schikanen, denen die Gewerkschaftsbewegung von Seiten der Behörden ausgesetzt ist, sind heute schon so zahlreich, daß auf keinen Fall Gelegenheit geboten werden darf, sie zu vermehren. Auch darauf müßte der Arbeiter ihr Augenmerk richten, daß durch den Erwerb der Rechtsfähigkeit nicht etwa ihre vermögensrechtliche Haftung den Unternehmern gegenüber (in Streikfällen) vergrößert wird. Sie sollen des alten Verses eingedenk sein: „Ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen.“ Solange die Verwaltung und die Gerichte eine so ausgesprochene feindselige Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber einnehmen, wie es bei uns der Fall ist, muß jede gesetzliche Penierung in erster Linie nur daraufhin geprüft werden, ob sie nicht etwa die Handhaben zum Schikanieren der Gewerkschaften vermehrt. Es mag daran erinnert werden, daß selbst die amerikanische Arbeiterschaft (deren Organisationen ebenfalls noch der Rechtsfähigkeit entbehren und die dabei die mächtigste der Welt ist) eben aus Angst vor behördlicher Dramatisierung in ihrer überwiegenden Mehrheit jetzt gegen die Gewährung der Rechtsfähigkeit ist.

Die Bedenken Sombarts dürften gewiss nicht ganz grundlos sein. Die Erfahrungen mit der Berggehehnwelle mahnen zur Vorsicht. Die Gewerkschaften werden darüber zu wachen haben, daß ihnen nicht statt der erhofften Erleichterung ein Gemisch von „Zank und Galle“ geboten wird.

## Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

### M.-Glöblich.

Die Spinner und Anseher der Kammgarn-Spinnerei M.-Glöblich sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Nach Angabe der Beteiligten werden an anderen Stellen höhere Löhne gezahlt und können auch hier entsprechend gezahlt werden.

### Hünningen (Ober-Elsaß).

Noch keine zwei Monate besteht hier der christl. Verband und schon haben wir einen großen Erfolg zu verzeichnen. Seitens Freitag unterbreiteten drei Mitglieder der Gewerkschaft der Firma Schwarzenbach eine in der Donnerstags-Sitzung gefaßte Resolution. Alles wurde bewilligt: Zehnjährige Arbeitszeit und Lohnerhöhung. Dadurch haben die Arbeiter den Beweis erhalten, daß man auch durch ruhiges und besonnenes Vorgehen wirtschaftliche Erfolge erzielen kann.

Was die radikalen Klassenkampfpläne durch ihr jahrelanges Geschrei nicht vermochten, das erreichten unsere Kollegen durch friedliches Verhandeln direkt. Der Firma Schwarzenbach und speziell deren Direktor und Teilhaber, Herrn Staub, statten wir hiermit unsern besten Dank für ihr Entgegenkommen ab. NB. Den verehrten „Genossen“ wollen wir es gerne wissen lassen, daß die Mitgliederversammlungen der christl. Gewerkschaft am ersten Donnerstag eines jeden Monats abends 8 Uhr im oberen Saale des Café Berry stattfinden.

### Zum Schiefbahner Streik.

In fast allen Blättern Krefelds und Umgegend war Anfangs Juli folgende Notiz zu lesen:

„Ausstand bei Towenrath u. Co. und Deuf u. Dettler. Man schreibt uns: Nachdem am Dienstag Vormittag, den 27. Juni, von dem Inhaber der Firma Towenrath u. Co. der letzte Versuch mit dem Arbeiterausschuß gemacht wurde, den Streik beizulegen, die Arbeiter aber hartnäckig auf ihren Forderungen bestanden, so hat die Firma sich entschließen müssen, den Betrieb mit dem 1. Juli endgültig einzustellen. Auch sind durch die Hartnäckigkeit der Arbeiter die Vereinbarungen zwischen der Firma Deuf u. Dettler und Towenrath nicht zum Abschluß gekommen.“

Jeder, der die Bewegung bei Deuf u. Dettler und Towenrath aufmerksam verfolgt hat, muß sich verwundert fragen: Wie konnte diese Notiz in fast allen Zeitungen Krefelds und Umgegend ohne jeden Kommentar Aufnahme finden, da dieselbe doch schwere unberechtigte Anklagen gegen die betreffenden Arbeiter enthält?

Um Fehlschlüssen vorzubeugen, wollen wir eine genaue Schilderung des wahren Sachverhaltes folgen lassen:

Als bei der Firma Deuf u. Dettler in Schiefbahn der Streik ausbrach, erklärten sich die Arbeiter der Firma Towenrath in Dülken mit denen der Firma Deuf u. Dettler solidarisch, weil diese Firma bei Towenrath arbeiten ließ, und die Arbeiter keine Streitarbeit verrichten wollten.

Auch schwachten zur Zeit Verhandlungen zwischen der Firma Deuf u. Dettler und der Leitung der Towenrath'schen Fabrik zwecks Übernahme der letzteren. Auf Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß über den Verbandsvertreter hat sich der Inhaber der Firma Towenrath von Anfang an nicht eingelassen. Obgleich hier die Löhne noch niedriger standen als bei Deuf u. Dettler, so wurde doch dem Ausschuss, als derselbe gelegentlich mal vorstellig wurde, erklärt: Bewilligt wird nichts.

Wenn nun die Arbeiter zu den niedrigen Lohnsätzen die Arbeit nicht mehr aufnehmen wollten, so kann man dieses wohl kaum ihrer „Hartnäckigkeit“ zuschreiben. Auch diese Arbeiter hatten das Recht zu leben, und wenn eine Firma nur auf Kosten der Existenz ihrer Arbeiter bestehen kann, so hat sie damit höchstens ihre Unfähigkeit gegenüber den anständig zahlenden Firmen dokumentiert. Zur Sache selbst erklären die streikenden Arbeiter der Firma Towenrath folgendes: Auf Veranlassung des Meisters v. d. Niepen sollte am Mittwoch, den 28. Juni eine Besprechung der Arbeiter der Firma Towenrath mit dem Firmeninhaber stattfinden.

Als nun am Dienstag Morgen zwei Arbeiter (ein Ausschussmitglied und ein anderer Arbeiter) an der Fabrik vorbeilamen, fand Herr Kupfer (Fabrikhaber) am Eingangstor und lud die Arbeiter ein, mit zum Kontor zu kommen. Dort folgte nun die Besprechung. Herr Kupfer sagte: Ich kann nicht begreifen, warum die Schiefbahner streiken, indem durch die Zeitungen nachgewiesen ist, daß Schiefbahn noch mehr Lohn zahlt wie Königsberger. Die Arbeiter bezweifelten dieses jedoch und erklärten, wenn dieses die Firma in Wirklichkeit selbst glaube, so solle man doch nur die Königsberger Liste einführen, den Mehrgewinn würden die Arbeiter gerne der Firma gönnen. Darauf erklärte Herr Kupfer: Ich zahle auch den Schiefbahner Lohn, den ich sonst nicht bezahlt habe. Nun erklärten die Arbeiter: wir sind nicht mehr er-mächtigt, mit Ihnen zu verhandeln. Sehen Sie sich mit den Verbandleitern in Verbindung. Darauf sagte Herr Kupfer: dann gebe ich Euch den guten Rat, suchen Sie sich andere Arbeit, denn ich mache die Fabrik zu. Zu bemerken ist noch, daß dieses in fünf bis sechs Wochen die erste Verhandlung gewesen ist. Und da wegen noch fast sämtliche Zeitungen von Krefeld, Dülken usw., den Arbeitern „Hartnäckigkeit“ vorzuwerfen?

### In Gent (Belgien)

siehen 4000 Weber im Streik. Die Arbeiter fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit, welche jetzt bis zu 72 Stunden wöchentlich beträgt. Unter belgischer Bruderverband ist neben der sozialistischen Organisation an dem Streik beteiligt. Eine vom belgischen Handelsminister vermittelte Vermittlung hatte keinen Erfolg.

### Derviers (Belgien).

Zwischen der Arbeitern und Arbeitgeber hieriger Fabriken sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die Fabrikanten kündigten für Samstag, den 8. Juli die Schließung von 43 Betrieben an. Davon werden mehrere Tausend Arbeiter betroffen.

## Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

**Bocholt.** Die soziale Bedeutung der Gewerbegerichte, so lautete das Thema, über welches unser Vorsitzender, Kollege Schmitz, in unserer Mitgliederversammlung am 6. Juli referierte. Den großen Wert der Gewerbegerichte für die Arbeiter führte der Referent den Mitgliedern klar vor Augen. Pflicht der Arbeiter sei es aber, tüchtige Männer in das Gewerbegericht zu wählen, welche befähigt seien, die Interessen der Arbeiter in der rechten Weise zu vertreten. Daher sei es Aufgabe der Kollegen, bei der demnächst stattfindenden Gewerbegerichtswahl für die von der sozialen Kommission aufgestellten Kandidaten einzutreten. Von unserm Verband wurden die bisherigen Beisitzer Ferdinand Hebing und Heinrich Steverding wieder einstimmig bestätigt. Hieraufgriff Herr Redakteur Fehreke das Wort, um die Mitglieder aufzufordern, ihre Solidarität dadurch zu betätigen, daß sie am Tage der Wahl einstimmig für die Kandidaten der christlichen Liste ihre Stimme abgaben. Kollege Lenjing forderte in eindringlichen Worten auf, vor und während der Wahl agitatorisch tätig zu sein. Alle Angriffe müßten schlagfertig pariert werden. Unsere Parole müsse lauten: Alle Mann an Bord! dann werde auch der Sieg unser sein.

Die Kollektiv-Listen sind für die einzelnen Fabriken ausgegeben. Sorge jeder dafür, daß er am Tage der Wahl in der Wählerliste steht. Nach einer Schlussanrede wurde die Versammlung vom Kollegen Fehreke geschlossen.

**Sorken.** In unserer Mitgliederversammlung am 2. Juli referierte Kollege Lenjing-Hochst über die Entwicklung der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Er zeigte, wie auf der einen Seite die Unternehmer so raff organisiert sind, daß bei vorkommenden Arbeiterfreitigkeiten vielfach Fabrikanten im eigenen Betriebe nichts mehr zu entscheiden hätten, sich vielmehr dem Beschlusse der Unternehmer-Organisation unter-

ordnen müßten. Andererseits seien die Arbeiterorganisationen bemüht, mit dieser Entwicklung gleichen Schritt zu halten. Die Mitgliederzahl in den einzelnen Verbänden sei bedeutend gestiegen. Die Disziplin ist stärker geworden und, infolge der erhöhten Beiträge, die Leistungsfähigkeit erhöht. Als besonders notwendig bezeichnete Redner die allgemeine Mitwirkung der Mitglieder bei der Agitation. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion. Von allen Seiten wurde betont, man müsse mehr aus der bisherigen Reserve herausgehen, dann würden auch Erfolge nicht ausbleiben.

**Brand.** Eine am Sonntag, den 2. Juli vom Ortsleiter der christlichen Gewerkschaften Branda einberufene, im Lokale Quablic tagende öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit der am 7. und 8. Juli stattfindenden Gewerbegerichtswahl für den Landkreis Mächten. Herr Bellenber verbreitete sich über das Gewerbegericht, dessen Bedeutung und gegenwärtige Wirkung an der Hand zahlreicher Materials. Pflicht eines jeden christlich gesinnten Arbeiters sei es, bei der Wahl der Beisitzer seine Stimme den Kandidaten der christlichen Gewerkschaften zu geben. Herr Keutgens-Machen appellierte besonders an die Wähler der Gruppe für gemischte Berufe, an die Holzarbeiter des Landkreises. Wahlberechtigt seien alle 25 Jahre alten Arbeiter, die ein Jahr im Gewerbegerichtsbezirk wohnen oder beschäftigt sind. Herr Schmitz-Machen beleuchtete die Rechte der Arbeiter im allgemeinen und wies auf die geringe Inanspruchnahme der gesetzlichen Rechte seitens der Arbeiter hin. Die Gleichberechtigung, welche im Gewerbegerichtsgesetz hervortrete, müsse die Arbeiterschaft auch auf anderen Gebieten erstreben. Vorbedingung zur Erreichung dieser Gleichberechtigung sei eine straffe Organisation, deren Ausbau die Arbeiter sich angelegen sein lassen sollten. Nachdem noch verschiedene Redner das Verhalten der Firma Kupke geschildert hatten, schloß der Vorsitzende des Kartells nach einem Schlußwort des Herrn Schmitz die anregend verlaufene Versammlung.

**Düren.** Am 2. Juli hielten wir in Schlich eine öffentliche Versammlung ab, welche gut besucht war. Kollege Schönbrunner hatte das Referat übernommen. Derselbe behandelte das Thema: „Die Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften und die Schwierigkeiten, welche die christlichen Gewerkschaften zu überwinden haben.“ Eingehend legte Redner die Gründe klar, welche die Gründung der christlichen Gewerkschaften notwendig machten. Dann beleuchtete er die Schwierigkeiten, welche den christlichen Gewerkschaften von rechts und links bereitet werden. Die Hauptschuld triffe aber die christlichen Arbeiter selbst, daß unsere Gewerkschaftsbewegung nicht so voran gehe, wie dieses im Interesse der Arbeiter nötig sei. Leider wollten noch viele Arbeiter nicht anerkennen, daß unsere Organisation notwendig sei. Hoffentlich sehen die Arbeiter von Düren und Umgegend es immer mehr ein, daß, wenn sie etwas erreichen wollen, sie sich zusammenschließen müssen.

NB. Die Kollegen werden hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 16. Juli, morgens 11 Uhr bei Witwe Felten eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Zentralvorstand der Schiffer referieren wird.

**Julda.** Am 29. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche leider nur von ungefähr 50 Kollegen und 30 Kolleginnen besucht war. Es ist tief bedauerlich, daß nach all dem Nutzen, der so manchen Mitgliedern unser Verbandes hier in Julda durch denselben zugeführt worden ist, dennoch eine derartige Gleichgültigkeit zutage tritt, so wenig gemeinschaftlicher Geist vorhanden ist, welcher sie zu den Versammlungen hinzieht. Dort wird ihnen doch die so notwendige Belehrung und Schulung zuteil, die ein jeder Arbeiter und jede Arbeiterin bei der heutigen wirtschaftlichen Lage und dem stetig steigenden Konkurrenztempo, der sich hauptsächlich auf Kosten der arbeitenden Masse vollzieht, so sehr von Nutzen hat. Den Grund dieser Gleichgültigkeit glaubt Schreiber dieser Zeilen bis zu einem gewissen Grade darin zu finden, daß so viele Mitglieder etwas zu viel von Selbstsucht durchdrungen sind und ihre Wünsche nicht in dem Maße befriedigt sehen, wie es bei den heutigen Verhältnissen nötig wäre.

Aber hier sollte man doch die Frage der Müdigkeit bedenken und sich ein Bild der allgemeinen wirtschaftlichen Lage vor Augen führen. Wenn man dieses Bild in richtiger Weise studiert, dann muß man unbedingt zu dem Schluß kommen, daß die Hebung des Arbeiterstandes gewissermaßen erst im Anfangsstadium begriffen ist und dieselbe zwar stetig aber doch nur langsam vorwärts schreiten kann. Und wer steht nun dieser Aufwärtsbewegung hindernd im Wege? Nicht zum wenigsten die große Masse derer, welche der Organisation fernstehen oder derselben wieder den Rücken kehren. Mögen alle Kollegen und Kolleginnen dies beherzigen, denn wie sollen die Wünsche des einzelnen befriedigt werden, wenn derselbe das Institut nicht unterstützen will, welches ihm zur Besserung seiner Lage verhelfen soll.

Kollege Geier referierte in der Versammlung über Notwendigkeit und Nutzen des Verbandes, widerlegte alle Klagegebungen unserer Gegner sowohl in- als außerhalb der Organisation, kam dann auf die Beitragserhöhung zu sprechen und forderte alle auf, deshalb nicht dem Verbands den Rücken zu kehren, sondern treu zu bleiben und agitatorisch mitzuarbeiten, daß der Verband immer weiter ausgebaut werde. Hierauf wurde zur Wahl eines Vorsitzenden für die Ortsgruppe geschritten, da der seitherige Kollege Geier zum Gewerkschaftsreferat ernannt und als solcher dieses Amt nicht mehr bekleiden kann. Aus der Wahl ging der seitherige Schriftführer, Kollege Reich, hervor. Derselbe nahm die Wahl an unter der Bedingung, daß er von Seiten der Mitglieder nicht etwa belächelt, sondern unterstützt werde. Also, Kollegen und Kolleginnen, jeder und jede auf dem Platz, erfüllt eure Pflicht gegenüber dem Verband, dann erfüllt ihr eine heilige Pflicht gegen Euch selbst und gegen eure Ständesgenossen. Dann wird der Verband aufblühen und stark genug werden, um die Wünsche der Gesamtheit wie des einzelnen nach Recht und Gerechtigkeit zu befriedigen.

**M.-Glöblich.** In alternativer Zeit werden die Vertrauensmänner an die Ortsgruppen bzw. Hauptstellenmitglieder herantreten mit den 5 Pfennigsmarken für das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften. Wie bekannt, sind die in und um M.-Glöblich errichteten Ortsgruppen und Hauptstellen der verschiedenen christlichen Berufsverbände in einem Kartell vereinigt, d. h. jede derselben entsendet je nach der Mitgliederzahl zwei oder mehr Delegierte in die Sitzungen des Kartells. Dort haben diese Delegierten Schulter an Schulter mit denen der verschiedenen anderen Berufsgruppen die uns allen gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen und allgemeinen Arbeiterinteressen wahrzunehmen sowie an all den Aufgaben mitzuarbeiten, deren Erfüllung sich das Kartell zum Zweck gesetzt hat. Was will das Kartell? wird mancher fragen. Das besagt Punkt eins des Statuts: Das Ortskartell erachtet es als seine Pflicht:

1. Die Gründung weiterer Hauptstellen der verschiedenen christlichen Berufsverbände anzulegen und in die Wege zu leiten.
2. Neugegründeten Hauptstellen in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht beizustehen.
3. Durch Unterhaltung einer leistungsfähigen gemeinsamen Gewerkschaftsbibliothek den Mitgliedern der Gewerkschaften die nötigen Hilfsmittel zur gewerkschaftlichen Berteilung und Weiterbildung zu schaffen.
4. Die Vermittlung von Referenten für die angegliederten Berufsgruppen zu regeln und auf die Erziehung eines tüchtigen Stammes von Referenten bedacht zu sein.
5. Bei örtlichen Umständen in größerem Umfang im Einverständnis der Zentralverbände unterstehend einzutreten.
6. Die Abwehr von Angriffen gegnerischer Organisationen systematisch zu gestalten.
7. In der Öffentlichkeit Verständnis für die Notwendigkeit und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften zu erwecken und zu erhalten.
8. Die Stellen für die Arbeitervertreterungen bei Gewerbegerichten, Ortskartellräten, Gesellenausschüssen oder anderen Instituten (zum Zwecke der Arbeitsvermittlung, Schlichtung von Arbeitsfreitigkeiten usw.) vorzubereiten und durchzuführen.
9. Auf eine energische Betätigung der Arbeiter auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes hinzuwirken durch Bildung und Unterhaltung von Beschwerdelom-



missionen, oder einer Vertrauensmännerorganisation als Vermittlungsbüro zwischen Gewerkschaften und Arbeiterchaft. — 10. Durch Veranstaltung öffentlicher statistischer Erhebungen über Wohnungsverhältnisse, Lebensmittelpreise, Haushaltsbudget, hygienische Mißstände, Umfang und Dauer event. Arbeitslosigkeit, das Submissionswesen) selbständig oder unter Mitwirkung der Behörden oder privater Körperschaften die nötigen Unterlagen für den Ausbau und die Fortführung der Sozialreform im kommunalen oder staatlichen Rahmen zu schaffen. — 11. Durch Beteiligung an öffentlichen gemeinnützigen Einrichtungen (Arbeitsnachweise, Arbeitslosenversicherungseinrichtungen, Arbeitsämter, Veranstaltungen zur Hebung der Volksbildung [öffentliche Vorträge, Besichtigung von Ausstellungen, Betrieben, gemeinnützige Einrichtungen] sanitäre Einrichtungen) den Einfluß des Arbeiterelementes zu vergrößern und die gegebenen Mittel zur Hebung der untersten Klassen in Anwendung zu bringen.

Das sind große, überaus bedeutungsvolle Aufgaben, und zu ihrer Lösung bedarf es auch finanzieller Mittel. Die zu beschaffen ist Ehrenpflicht der dem Kartell angeschlossenen Zahlstellen und deren Mitglieder. Als das Mindestmaß des Erforderlichen hat die Kartellversammlung am 4. April d. J. den Jahresbeitrag pro Kopf der Mitgliedszahl der einzelnen Zahlstellen auf 30 Pfg. gestellt. 10 Pfg. pro Jahr und Mitglied leistet die Ortsgruppe bzw. Zahlstellenkasse. Selbst 20 Pfg. pro Jahr oder 5 Pfg. pro Vierteljahr oder 1 1/2 Pfg. pro Monat sollen die Mitglieder ausbringen. Die Beiträge des letzteren können durch Erwerb von vier Kartellmarken à 5 Pfg. geleistet werden. Jedes Mitglied der dem Kartell angeschlossenen Zahlstellen ist moralisch verpflichtet, wenigstens vier Kartellmarken pro Jahr zu kaufen. Wer mehr kaufen will, soll es nur ja ungeniert tun. Es empfiehlt sich überhaupt, beispielsweise bei festlichen Veranstaltungen, Ausflügen und dergl. soviel wie möglich Kartellmarken zu verteilen. Die Kartellbelegierten sowie die Vertrauensmänner der Zahlstellen führen solche stets bei sich.

**Sanktionen.** Sonntag, den 9. Juli, wurde auch hier der Versuch gemacht, eine Zahlstelle unseres Verbandes ins Leben zu rufen. Es hatte sich auch eine größere Anzahl Kollegen eingefunden, denen Kollege Kollosrat-München in leichtfertiger Weise die Notwendigkeit der Organisation zu Gemüt führte. Es gelang auch, eine Anzahl zum Beitritt zu bewegen. Nur mutig voran.

**Kolbermoor.** Am 18. Juni fand im kleinen Marcellischen Saale eine gemeinsame Gewerkschaftsversammlung statt. Kollege From vom Keramarbeiterverband eröffnete die Versammlung und kam auf die letzte Versammlung, sowie auf die am 1. Juni abgehaltene Versammlung, zu der Herr Bergmann als Referent erschienen war und auf die dortselbst stattgefundene Diskussion zu sprechen. Redner brachte auch die zur Zeit stattfindenden Arbeiter-Ausprägungen zur Sprache und schritt hierauf zur eigentlichen Tagesordnung: Gründung eines Ortskartells. Kollege From führte den Nutzen und Wert eines Ortskartells den Anwesenden vor Augen, und erklärte sich dieselben nach Verlesung des Statuts für die Gründung eines Ortskartells. Die Festsetzung der Beiträge wurde wegen der geringen Zahl der anwesenden Mitglieder bis zur Versammlung im Juli verschoben. Die Versammlung wurde darauf geschlossen.

**Krefeld.** Die Arbeiterinnen der hiesigen Ortsgruppen machen am Sonntag, den 23. Juli einen Ausflug nach Duisburg. Die Abfahrt erfolgt 1<sup>20</sup> ab Krefeld. Für die Fahrt können Sonntagskarten benutzt werden. Die männlichen Kollegen sind ebenfalls mit Familie freundlich eingeladen. Sammeln am Bahnhof spätestens 1<sup>20</sup>.

**Langerfeld.** Die hiesige Ortsgruppe hielt am 30. Juni ihre monatliche Versammlung ab. Dieselbe war nur mäßig besucht. Kollege F. Bedrotti eröffnete dieselbe mit dem christlichen Gruß. Er erläuterte sodann den Bericht von der Konferenz in Elberfeld. Eine rege Diskussion schloß sich dem Berichte an. Zu Punkt zwei erhielt der Vorsitzende des **Barmer Gewerkschaftskartells**, Kollege Voos, das Wort. Derselbe sprach über die Aufgaben und Tätigkeit des Kartells sowie über die Erhöhung der Beiträge zu denselben. Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, trotz der Beitragserhöhung auch weiterhin dem Kartell anzugehören. Den Kollegen zur allgemeinen Kenntnis, daß wir infolge unserer Zugehörigkeit zum Kartell auch an ein Rechtsbureau angegeschlossen sind. Dasselbst können sich die Kollegen Auskunft holen in allen Rechtsfragen und zwar unentgeltlich. Schriftliche Aufgaben, wie Eingaben, Reklamationen u. dergl. werden den Kollegen ebenfalls bei billiger Berechnung angefertigt. Derselbe führt das Rechtsbureau auch Prozesse für die Kollegen, ebenfalls bei mäßiger Vergütung. Da im Kartell auch eine Kohlen-einkaufsstelle ist, so können die Kollegen auch hierdurch gute Kohlen zu billigen Preisen beziehen. Nähere Auskunft erteilt Kollege Bedrotti, Weststraße 7. Zum Punkt drei berichtete sich freiwillig als Vertrauensmänner die Kollegen Bach und Rothstein. Nach einem kräftigen Appell an die Kollegen, bei der bevorstehenden Beitragserhöhung treu zu bleiben, wurde die Versammlung geschlossen.

In letzter Zeit sind verschiedentlich von einigen Genossen Angriffe und Verleumdungen gegen uns gemacht worden. So, man geht sogar soweit, unsere Kollegen als Lumpen zu titulieren. Dies geschieht nur aus dem Grunde, weil sie sich unserem Verbandsangehörigen haben. Diesen Genossen möchten wir jedoch anraten, in Zukunft unsere Kollegen in Ruhe zu lassen und vor der eigenen Tür zu kehren, dort ist Schutz genug. Unseren Kollegen rufen wir jedoch zu: Seht das Fachorgan und besucht besser die Versammlungen, damit Ihr solchen Angriffen gewachsen seid. Unsere Versammlungen finden statt jeden letzten Freitag im Monat im Lokale des Herrn Keller, Langerfeld-Wart. Nächste Versammlung Freitag, 28. Juli, abends 9 Uhr. Dann erwarten wir ein volles Haus. Bezirksvorsitzender Köhling wird in dieser Versammlung einen Vortrag über das Kooperationsrecht halten.

**Reichhausen.** Am Samstag, den 8. Juli hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung ab, in welcher ein Kollege über das Thema: „welche Konsequenzen ziehen die christl. Textilarbeiter aus der gegenwärtigen Metallarbeiter-Ausprägung“ referierte. 22 Kollegen traten wieder dem Verbands bei.

**Maulburg i. Bieental.** Unsere am 6. Juli abgehaltene Mitgliederversammlung erzielte sich eines verhältnismäßig guten Besuchs, was nur zu begrüßen ist. Infolgedessen konnte auch unsere sehr reichhaltige Tagesordnung vollt erledigt werden. Auch hielt uns ein hiesiger Kollege einen wenn auch kurzen, jedoch zugkräftigen und wohlbedachten Vortrag über: „Die Aufgaben der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen“, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Waren unsere Versammlungen immer so zahlreich besucht, dann würde gewiß auch dem Vorsitzende manche Arbeit erspart oder erleichtert werden. Auch würde dadurch, daß die bis jetzt organisierten Mitglieder Interesse an der Sache zeigen, mancher unserer Sache noch fernstehende aus seinem Schlafe aufgeweckt und sich dessen bemüht werden, was ihm noch sehr mangelt, nämlich das „Stammbesuchungs-“. Deshalb, Mitglieder, wenn wieder Versammlung ist, erscheint wieder so zahlreich oder noch zahlreicher, was uns zum Segen gereicht.

NB. Unsern Mitgliedern noch zur Kenntnis, daß am 23. d. M. hier und in Steinen öffentliche Versammlungen stattfinden, in welchen Fräulein Maria Knorr aus Freiburg sprechen wird. Besucht also für zahlreichen Besuch der Versammlungen.

**Reichhausen i. Gh.** Unsere Ortsgruppe veranstaltet am Sonntag, den 30. Juli einen gemeinsamen Familienausflug, und zwar nach Seelheim, über den Hirsberg nach Thonn. Der Betrag für Fahrt und Abendessen beträgt pro Kopf 2 Mk., für Kinder unter 10 Jahren 1 Mk. Zugänge werden bis zum 23. Juli bei den Vertrauensmännern sowie bei dem Vorstand entgegengenommen. Die nächste Mitgliederversammlung findet statt am Montag, den 24. Juli. Vortrag: Fortsetzung über das Thema: „Was Jedermann bezüglichen

der Invalidenversicherung wissen muß.“ Kollegen! alle Kam an Bord, der Sache zu Liebe und dem Vorstand zur Freude. **Reumünster i. G.** Am 4. Juli hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab. Es gab zunächst der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt und wurde demselben Entlastung erteilt. Der erste Vorsitzende sprach über die Textilarbeiterbewegung seitens des „deutschen“ Verbandes. Beschlossen wurde, daß die christlichen Textilarbeiter sich der Sache fernhalten und Neutralität bewahren sollen. Es wurden noch einige interne Sachen der Ortsgruppe erledigt und folgte dann Schluß der Versammlung.

**Osnabrück.** In der Versammlung am 2. Juli sprach Kollege Washorn über die Leistungen unseres Verbandes nach den neuen Statuten. Derauf wurde über den Kölner sozialdemokratischen Gewerkschaftsbericht berichtet. Es wurde bemerkt, daß die sozialdemokratischen „Freien“ sich selbst als sozialdemokratisch bezeichnet hätten. Für alle christlich gesinnten Arbeiter kämen allein die christlichen Gewerkschaften in Betracht. Ein jeder müsse jetzt erst recht dafür eintreten, daß namentlich die jugendlichen Arbeiter, auf die es ja besonders die „Freien“ abgesehen hätten, den christlichen Gewerkschaften zugeführt würden. Hierauf wurde Kollege Langer als Vertrauensmann gewählt. Nach Erstattung des Kartellberichts wurde die Versammlung geschlossen.

NB. Kollegen! Agitiert eifriger für unsern Verband, das Auffordern zum Eintritt in den Verband allein genügt nicht, sondern wir müssen unsere Mitarbeiter vor allem über den Zweck unseres Verbandes aufklären. Läte ein Jeder seine Pflicht, dann stände unsere Sache hier besser.

**Sternburg.** Unsere Ortsgruppe ist perfekt. In der ersten Mitgliederversammlung wurden zunächst die Mitgliedsbücher angefertigt und den Mitgliedern übergeben mit der Mahnung, jetzt auch kräftig für unsere Sache zu wirken.

Kollege Schleiter vom hiesigen christlichen Schneiderverband wandte sich in einer Ansprache besonders an die Arbeiterinnen, diese zu eifriger Mitarbeit auffordernd. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung. Mögen unsere Mitglieder sich besonders am regen und pünktlichen Versammlungsbesuch gewöhnen, dann wird ihr Eifer für unsere gute Sache auch nicht erlahmen.

**Monsdorf.** Eine seltsame Versammlung hielt am Sonntag, den 2. Juli unsere Ortsgruppe ab. Da auch Freunde der christlichen Gewerkschaften, besonders die hiesigen noch nicht organisierten Bauhandwerker eingeladen waren, konnte bei Eröffnung der Versammlung festgestellt werden, daß 42 Maurer anwesend waren, wogegen von unseren Kollegen nur — man gibt besser die Zahl nicht an — einige erschienen waren. Um nun der übergroßen Mehrheit der Anwesenden gerecht zu werden, ließ unser Vorsitzender Bureauwahl vornehmen. Gewählt wurden als Vorsitzende die Kollegen Fahrbrach und Eller, als Schriftführer Kollege Vott. Als Referent erhielt Kollege Dehpe vom christlichen Maurerverband das Wort. In 1 1/2-stündiger Rede sprach er über „die Notwendigkeit des Anschlusses an die christlichen Gewerkschaften“. Leider, so führte der Redner aus, würde der christlichen Gewerkschaftsbewegung noch vielfach entgegen gearbeitet durch die „freien“ Gewerkschaften, die Unternehmer und auch Stellenweise noch durch die Behörden. Diese Gegenströmung könne nur dann energisch bekämpft werden, wenn sich alle christlich gesinnten Arbeiter unseren Gewerkschaften anschließen hätten. In der Diskussion sprachen die Kollegen Preis und Fahrbrach; ersterer über den Terrorismus der „freien“ Gewerkschaften, letzterer über die große Masse der indifferenten Arbeiter, die wohl als der größte Feind der christlichen Arbeiterbewegung zu betrachten sei. Es ließen sich 14 Maurer in den Verband aufnehmen, andere versprachen, auch bald beitreten zu wollen. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die Versammlung geschlossen. — Eine nette Textilarbeiterversammlung, nicht? Wo waren unsere Mitglieder denn? Antwort: „Schönes Wetter, — angenehmer Spaziergang, — herrlicher Ausflugsort, — köstlich amüsiert, — Leben geblieben.“ Der Einzelne meint gewöhnlich, auf ihn komme es nicht an, er könne schon mal fehlen; so denken dann viele „Eingelne“ und die Versammlung besteht ihren Zweck. Aber man hält auch das noch nicht für so schlimm, denn „an anderen Orten werden ja auch die Versammlungen so schlecht besucht“. Man nimmt sich also die Launen zum Maßstab. Wenn es denen nun mal beliebt, in den Brunnen zu springen, sollen wir ihnen das auch nachmachen? Leider ist es ja wahr, daß es Hunderte von Gewerkschaftlern gibt, welche das Vergnügen oder Turn-, Gesangs- und sonstige Vereine den Gewerkschaftsversammlungen vorziehen. Kommt aber mal ein Streik oder eine Ausprägung, dann heißt es: „Gewerkschaft hilf!“ Nun, diesen Gewerkschaftern bilden wir selbst; sind wir untätig, dann ist unsere Bewegung eine faule. Auch belibien manche Gewerkschaftler zu sagen: Es ist ja doch so schlimm nicht, wenn ich einmal fehle, ich weiß ja doch was „los“ ist. Kommen diese „Bisser“ aber mal mit einem Gegner zusammen, dann wissen sie meistens nicht was „los“ ist, sondern lassen sich gehörig das Fell geben. Wenn wir wissen wollen, was „los“ ist, dann gehören wir in die Gewerkschaftsversammlung. Die Gewerkschaft müssen wir betrachten als unseren Brotschrank und die Versammlungen als Türen zu denselben. Wenn diese Türen geöffnet werden, dann müssen wir zur Stelle sein, sonst werden wir mit der Zeit elend verhungern. — Ferner wird in jeder Versammlung ein Vortrag gehalten mit anschließender Diskussion, damit wir uns immer mehr zu tüchtigen Gewerkschaftlern heranbilden. Nun aber auch: Alle Kam an Bord und zwar pünktlich! Doch die Hauptsache: Vergessen wir das Vorstehende nicht wieder!

**Schwelm.** Eine wichtige und reichhaltige Tagesordnung hatten wir in unserer Versammlung am 8. Juli zu erledigen. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Kollegen Prange erstattete derselbe Bericht von der Elberfelder Konferenz sowie von der Kartellisierung. Ferner gab er bekannt, daß verschiedene Anträge eingereicht seien und zwar 1) ein Antrag an die Stadtverwaltung auf Erhöhung des ortszubühnlichen Tagelohnes von 2.50 Mk. auf 3 Mk., 2) an die Bibliothekverwaltung um Anschaffung verschiedener sozialpolitischer Bücher, 3) ein Antrag an die soziale Kommission, bei der Aufstellung eines Stadtwortordnens die christlichen Gewerkschaften zu berücksichtigen. Unter Punkt vier berichtete wurden u. a. Mitglieder in einem hiesigen Betriebe besprochen. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder noch zu neuem Festhalten an der Organisation und zu reger Agitation aufgefordert hatte, schloß er die anregend verlaufene Versammlung.

**Waldhausen.** Am 29. Juni fand hier eine Arbeiterinnenversammlung statt. Als Referentin sprach die Kollegin G. Schwarz über „die Notwendigkeit und Aufgabe der christlichen Gewerkschaft“. Rednerin führte aus, wie die Arbeiterinnen ihre Lage verbessern können durch Zusammenhelfen in der Gewerkschaft, und daß es nicht allein Recht, sondern auch Pflicht der Arbeiterin wäre, an der Verbesserung ihrer Lage mitzuwirken. Weiter sprach Referentin über das Verbot der Frauenarbeit in den Fabriken, über die Verjährbarkeit der Fabrikräume in sittlicher Beziehung. Die Arbeiterinnen mußten auch ihr Wissen mehr zu bereichern suchen durch Lesen des Fachorgans, Besuch der Versammlungen und durch Unterrichtsturse. In der regen Diskussion sowie im Schlußwort der Referentin wurden die Arbeiterinnen ermahnt, auch bei der Beitragserhöhung treu zum Verband zu halten.

NB. Die Kolleginnen werden gebeten, die Versammlungen besser zu besuchen.

**Waldhausen i. Gh.** Unsere Ortsgruppe veranstaltet am Sonntag, den 30. Juli einen gemeinsamen Familienausflug, und zwar nach Seelheim, über den Hirsberg nach Thonn. Der Betrag für Fahrt und Abendessen beträgt pro Kopf 2 Mk., für Kinder unter 10 Jahren 1 Mk. Zugänge werden bis zum 23. Juli bei den Vertrauensmännern sowie bei dem Vorstand entgegengenommen. Die nächste Mitgliederversammlung findet statt am Montag, den 24. Juli. Vortrag: Fortsetzung über das Thema: „Was Jedermann bezüglichen

der Invalidenversicherung wissen muß.“ Kollegen! alle Kam an Bord, der Sache zu Liebe und dem Vorstand zur Freude. **Reumünster i. G.** Am 4. Juli hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab. Es gab zunächst der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt und wurde demselben Entlastung erteilt. Der erste Vorsitzende sprach über die Textilarbeiterbewegung seitens des „deutschen“ Verbandes. Beschlossen wurde, daß die christlichen Textilarbeiter sich der Sache fernhalten und Neutralität bewahren sollen. Es wurden noch einige interne Sachen der Ortsgruppe erledigt und folgte dann Schluß der Versammlung.

**Osnabrück.** In der Versammlung am 2. Juli sprach Kollege Washorn über die Leistungen unseres Verbandes nach den neuen Statuten. Derauf wurde über den Kölner sozialdemokratischen Gewerkschaftsbericht berichtet. Es wurde bemerkt, daß die sozialdemokratischen „Freien“ sich selbst als sozialdemokratisch bezeichnet hätten. Für alle christlich gesinnten Arbeiter kämen allein die christlichen Gewerkschaften in Betracht. Ein jeder müsse jetzt erst recht dafür eintreten, daß namentlich die jugendlichen Arbeiter, auf die es ja besonders die „Freien“ abgesehen hätten, den christlichen Gewerkschaften zugeführt würden. Hierauf wurde Kollege Langer als Vertrauensmann gewählt. Nach Erstattung des Kartellberichts wurde die Versammlung geschlossen.

NB. Kollegen! Agitiert eifriger für unsern Verband, das Auffordern zum Eintritt in den Verband allein genügt nicht, sondern wir müssen unsere Mitarbeiter vor allem über den Zweck unseres Verbandes aufklären. Läte ein Jeder seine Pflicht, dann stände unsere Sache hier besser.

**Sternburg.** Unsere Ortsgruppe ist perfekt. In der ersten Mitgliederversammlung wurden zunächst die Mitgliedsbücher angefertigt und den Mitgliedern übergeben mit der Mahnung, jetzt auch kräftig für unsere Sache zu wirken.

**Barmer.** 22. Juli, 8<sup>15</sup> Uhr, bei Martin, Parlaamentstr. 3. **Lehrburg.** 15. Juli, 8<sup>15</sup> Uhr, bei Herrn Walter Wolf. **Lehrburg.** 23. Juli, nachm. 4 Uhr, bei Walter Wolf. **Waldhausen.** 16. Juli, 11<sup>15</sup> Uhr, bei Witwe Janning. **Geesfeld.** 16. Juli, 2 Uhr, Ausflug nach Weisbülken. **Düren.** 16. Juli, 11 Uhr, bei Wirteltraße, Wirtelstraße. **Elberfeld.** 15. Juli, 8<sup>15</sup> Uhr, bei Herlenstraße, Klopfbahn 5. **Emmerich.** 16. Juli, 8<sup>15</sup> Uhr, bei W. Bequerath. **M.-Glabbach-Dorf.** 24. Juli, 11<sup>15</sup> Uhr, bei Witwe S. Aref. **Harb.** 23. Juli, 10<sup>15</sup> Uhr, bei Gustav Rehen, Generalversammlung. **Höfen.** 23. Juli, 10<sup>15</sup> Uhr, bei Witwe W. H. H. **Jüdenbüren.** 16. Juli, 5 Uhr, bei Hofstraße. **Jüchen.** 16. Juli, 11 Uhr, bei Adam Bremer, Versammlung zwecks Gründung einer Ortsgruppe.

**Katernberg.** 23. Juli, 4<sup>15</sup> Uhr, bei Egidius Hermanns. **Krefeld.** Arbeiterinnen. 23. Juli, Ausflug nach Duisburg, 18. Jahrt 186.

**Krefeld V.** 29. Juli, 9 Uhr, bei M. Ficker (Johannesburg). **Maulburg i. B.** 23. Juli, 8 Uhr, im „Meyerhof“. Referentin: Frä. Knorr.

**Mühlhausen.** 24. Juli, 8 Uhr, bei Harter. **Neuwert.** 22. Juli, 9 Uhr, bei Franz Herzmann, Engelbied. **Reinhardt.** 16. Juli, 3 Uhr, Wanderversammlung u. Familienausflug nach Weise, bei Dreijer.

**Sternburg.** Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachm. 3 Uhr, in der „Harmonie“. **Witt.** 23. Juli, bei M. S. Gigo. **Wüdingen.** 16. Juli, 5<sup>15</sup> Uhr, Generalversammlung bei Math. Mich. Klüber.

**Alheine.** 16. Juli, 11<sup>15</sup> Uhr, bei Hermes. **Steinen.** 23. Juli, 3 Uhr, im Hirschenjaale. Referentin: Frä. Knorr. **Waldhausen.** 23. Juli, 11<sup>15</sup> Uhr, bei Hof. Schillings. **Verlautenhetde.** 23. Juli, 4<sup>15</sup> Uhr, bei Stahl.

**Wann.** 23. Juli, 5 Uhr, bei Leonh. Weferz, Wöth, Gewerkschaftsfest. **Waldhausenenerhöhe.** 15. Juli, 8<sup>15</sup> Uhr, bei Witw. Uebach. **Wülfen.** 23. Juli, 7 Uhr, bei W. Reuchter, Grevenberg. **Zeit i. W.** 15. Juli, 1<sup>15</sup> Uhr, im Lokale zur Pfefferhütte.

**Betrath.** Gewerkschafts-Konsumverein „Glück auf“, e. G. m. b. H. Samstag, den 29. Juli, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Ludw. Köhmen zu Betrath, Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Geschäfts- und Quartalsbericht, 2) Neuwahl der ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, 3) Mitteilungen. Zu dieser Versammlung ladet hiermit dringend ein der Aufsichtsrat.

(1.60 Mk.) J. A. Jaf. Geneschen, Vorsitzender. **Lobberich.** Gewerkschafts-Konsumverein „Eintracht“. Sonntag, den 23. Juli, nachm. 6 Uhr, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Bericht über den Delegiertentag, 2) Bauangelegenheit, 3) Neuwahl eines Aufsichtsrats mitglieder, 4) Verschiedenes. (1.—Mk.) Der Vorstand.

**Harb., Pech und Lürrip.** Sonntag, den 23. Juli, gemeinsamer Ausflug beider Ortsgruppen mit Musik nach Corrichenbroich. Sammelpunkt für die Mitglieder von Harbterbroich auf dem Marktplatz in Harbterbroich, für Pech auf der Rheyerhütte, für Lürrip an der Wirtenschaft St. Hamann in Lürrip. Abmarsch in Harbterbroich punkt 4 Uhr. Die Mitglieder von Pech schließen sich auf der Rheyerhütte dem Zuge an. Abmarsch in Lürrip 4<sup>15</sup> Uhr. Nach Anfunft in Corrichenbroich große Versammlung bei Böttig es im Dom. Tagesordnung: Festrede, Absingen gem. Festlieder und gemäßigter Unterhaltung. Festredner: Kollege Defaat. Programm à 10 Pfg., welche zum Eintritt berechtigen, sind am Eingange des Saales zu haben. Eine rege Beteiligung der Mitglieder und ihrer Familie wird erwartet. Wegen der beschwerlichen Fußtour wollen die Mitglieder jedoch die Kinder unter 14 Jahre zu Hause lassen. Sämtliche Bürger von Corrichenbroich und Umgebung und besonders die Textilarbeiter und Arbeiterinnen sind herzlich eingeladen.

(3.60 Mk.) Die Vorstände beider Ortsgruppen. **III. Agitationsbezirt (Nachen).** Sonntag, den 30. Juli, morgens 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn J. Franzen, Kleinmarchierstraße, die erste Bezirkskonferenz statt. Die Ortsgruppen werden ersucht, bis dahin die nach § 36 des Statuts erforderlichen Papiere vorzunehmen. Die Tagesordnung wird noch näher bekannt gemacht. J. A.: Sifenich.

**Sterbe-Tafel.** Es starben die Verbandsmitglieder: Heinrich Rottmann in Jöllenbeck. Gottfried Russan in Düsseldorf. Johann Fussel in Euskirchen. Jakob Müller in Herxheim. Ehre ihrem Andenken!

Für die streikenden Verbandsmitglieder in Schiefbahn sind bei dem Unterzeichneten folgende Beträge eingegangen:

Aus Güls	9.80 Mk.
Bierfen II.	53.70 "
M.-Glabbach-Hermes-Dahl	17.75 "
Neuwert. Von d. Arb. der Firma Pongs	14.25 "
" " " " " " " " " " " "	33.55 "
" " " " " " " " " " " "	30.75 "
M.-Glabbach-Waldhausenenerhöhe	10.45 "
Betrath	12.45 "
Monsdorf	25.— "
Reumünster	18.30 "
Höfen	10.40 "
Dülmen	6.40 "
Krefeld. Durch Herrn Porta, Wirt, St. Ebniserstr.	10.40 "
Wirt Rabemacher	1.— "
Von d. Arb. d. Firma C. A. Körtgen	4.55 "
" " " " " " " " " " " "	13.40 "
" " " " " " " " " " " "	13.40 "
" " " " " " " " " " " "	9.45 "
Amern-St. Georg. Von d. Arb. d. Firma gen End	3.20 "
Lehrburg	4.20 "
Krefeld. Von d. Arb. d. Firma H. Veijner	14.70 "
" " " " " " " " " " " "	21.— "
" " " " " " " " " " " "	15.30 "
" " " " " " " " " " " "	9.90 "
" " " " " " " " " " " "	14.60 "
Bierfen I	15.— "
Oberhof	24.70 "
Leht	17.80 "
Embsbetten	108.— "
Güstirchen	65.— "
St. Tonis. Von d. Arb. der Firma G. Königsberger	73.90 "
Krefeld. Von d. Arb. der Firma Gebr. Neufen	8.30 "
" " " " " " " " " " " "	14.65 "
" " " " " " " " " " " "	17.20 "
" " " " " " " " " " " "	8.40 "
" " " " " " " " " " " "	40.25 "
" " " " " " " " " " " "	10.20 "
" " " " " " " " " " " "	26.80 "
" " " " " " " " " " " "	16.70 "
Wülfen. Ortsgruppe	20.35 "
Durch A. Rauhen, Rath b. Düsseldorf	33.70 "
Summa	865.45 "
Früher eingegangen	3907.38 "
Zusammen	4772.83 "

Düsseldorf, 10. Juli 1905. Der Zentralvorstand: E. R. Schiffer. Berichtigung. (Siehe vor. Nr.) Borghorst. Von der Belegschaft der Weberei-Spinnerei 16.90 Mk. A. Rod. 25.50 " Krefeld. Von der Belegschaft W. Schröder u. Co. 18.— " Ratt 12.65 Mk.